

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

21.8.1930 (No. 193)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsrieder-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 5515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
i. V.:
G. A. Seyfried
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM. einchl. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf., Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Zeile. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholung halber Preis. Badischer Staatsanzeiger, Karlsrieder-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vortreibung und Kontostückverfahren fällt der Inhalt der Zeitung verfallen, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckausgaben und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Bergütungen übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

Das neue Reichswahlgesetz Der Entwurf verabschiedet

Das Reichskabinett verabschiedete am Mittwoch doch noch den von dem Reichsinnenminister Dr. Brüning vorgelegten Entwurf eines Reichswahlgesetzes, der nunmehr dem Reichstag zugeleitet wird.

„Der Entwurf geht“ — so heißt es in einer amtlichen Mitteilung — „davon aus, die besonderen Mängel des geltenden Wahlgesetzes, die großen Wahlkreise und die langen Listen und die dadurch hervorgerufene Entpersönlichung und Mechanisierung der Wahl, zu beheben. Der Wähler soll wieder unmittelbar an die Reichswillensbildung herangebracht, der Gedanke der Verbundenheit des Abgeordneten mit seinem Wahlkreis und die parteipolitische Konzentration gefördert werden.“

Zur Erreichung dieser Ziele sieht der Entwurf eine wesentliche Verkleinerung der Wahlkreise, die Befestigung der Reichsliste und den Wegfall des amtlichen Stimmzettels vor. Es werden 162 Wahlkreise gebildet, die zu 31 Verbänden, diese zu 12 Ländergruppen zusammengefaßt sind. Die Verteilungszahl, auf die ein Abgeordneter entfällt, beträgt 70 000. Einzelnen Persönlichkeiten wird durch das neue Wahlgesetz der Weg zum Parlament wieder eröffnet. Der Einreichung von Wahlvorschlägen bedarf es nicht mehr. Innerhalb der Parteien, die Sitze in den Verbänden erhalten haben, wird ein verhältnismäßiger Ausgleich in den Ländergruppen vorgenommen. Schon durch den Wegfall der Reichsliste wird eine Verminderung der Zahl der Abgeordneten erreicht. Diese verstärkt sich durch die in Aussicht genommene Verteilungszahl von 70 000.

Der Entwurf sieht bewußt von verfassungsändernden Regelungen ab, um die vom deutschen Volk geforderte Wahlreform in Gang zu setzen. Ergänzend wird dazu mitgeteilt, daß der Entwurf des Reichsinnenministers keinerlei Änderungen erfahren hat. Es ist bei der ursprünglichen Vorlage geblieben. Auch der Vorschlag, die Zahl der Reichstagsabgeordneten absolut zu begrenzen, der im Kabinett erörtern worden war, ist fallen gelassen worden.

Außer der Wahlreform hat das Reichskabinett am Mittwoch auch noch Kartellfragen und das Gutachten des Reichswirtschaftsrats zu der Frage der Kartellpreise erörtert. Man hat beschlossen, in enger Zusammenarbeit mit dem Reichswirtschaftsrat dessen Vorschläge in die Praxis umzusetzen. Die Vorschläge laufen bekanntlich im wesentlichen darauf hinaus, für einzelne Kartelle besondere Untersuchungen zu veranstalten und erst auf Grund der Ergebnisse dieser Untersuchungen nötigenfalls die Preisgestaltung mit Hilfe der Notverordnung zu regeln.

Konflikt auf dem internationalen Studentenkongress

Die deutschen Studenten verlassen Brüssel

Nach einer Meldung der deutschen Studentenschaft hat die deutsche Delegation auf der Brüsseler Tagung des Internationalen Studententages (I.S.T.) dem Präsidenten der I.S.T. in einem Schreiben mitgeteilt, daß sich die deutsche Studentenschaft genötigt sehe, alle Beziehungen zum Internationalen Studententag abzusprechen. Gleichzeitig hat der Leiter des Amtes für Verbindungen der Deutschen Studentenschaft, Dipl.-Ing. Hirsch (Berlin) sein Amt als ständiger Vizepräsident der Sportvereinigung der I.S.T. niedergelegt.

Den Grund für den Abbruch der Beziehungen bilden die beleidigenden Äußerungen, die von dem tschechischen und dem polnischen Vertreter während der letzten Sitzung der Brüsseler Tagung gegenüber den deutschen Vertretern ausgesprochen worden sind. Trotz der unter Führung der dänischen und englischen Vertreter unternommenen Bemühungen der neutralen Nationalverbände wurde die von deutscher Seite geforderte Entschuldigung vom Rat mit 11 gegen 9 Stimmen bei 4 Enthaltungen verweigert, so daß eine weitere Aufrechterhaltung der Beziehungen zur I.S.T. für die deutschen Vertreter nicht möglich war.

W.B. Brüssel, 21. Aug. (Tel.) Bei der Behandlung der deutschen Frage auf dem Brüsseler internationalen Studententag kam es zu einem entscheidenden Zwischenfall. Es handelte sich um die Frage der Vertretung der Dänischer und der sudeten-deutschen Studentenschaft durch die Deutsche Studentenschaft. Auf Grund eines Beschlusses des Organisationsausschusses der I.S.T. legten sie ein deutsches, ein tschechoslowakisches und ein polnisches Delegiertes nacheinander ihren Standpunkt zur sudeten-deutschen und zur Dänischer Frage in der Vollversammlung dar. Während die Darlegung des deutschen Vertreters ohne Widerspruch angeht worden war, führten die Erklärungen des tschechoslowakischen und des polnischen Vertreters zu heftigen Zusammenstößen, besonders als der tschechische Referent in verletzender Form der Deutschen Studentenschaft die Fähigkeit zu internationaler Zusammenarbeit absprach. Da der Präsident, Saurin (Frankreich), diese Ausfälle nicht zurückließ und auch den Deutschen auf ihr Verlangen das Wort zur Erwidrerung nicht erteilte, verließ die deutsche Delegation unter Protest die Sitzung.

Eine schriftliche Vorstellung, die zu Beginn der folgenden Sitzung von der deutschen Delegation beim Präsidenten eingebracht wurde, blieb unbeantwortet. Ein dänischer, von den Holländern durch wohlwollende Neutralität unterstützter Vermittlungsantrag, der den Deutschen die Fortsetzung der Verhandlungen ermöglicht hätte, wurde mit 11 gegen 9 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. Die deutsche Delegation hat daraufhin den Kongress verlassen.

Letzte Nachrichten

Baden in der Wahlrechtsreform 6 Wahlkreise

M. Berlin, 21. Aug. (Priv.-Tel.) Der neue Wahlrechtsentwurf Dr. Brüning, der 162 Wahlkreise vorstellt, teilt das Land Baden in 6 Kreise ein:

1. Konstanz mit Konstanz, Überlingen, Pfundersdorf, Meßkirch, St. Gallen, Engen, Donaueschingen, Balingen, Waldshut und Säckingen.
2. Freiburg mit Freiburg, Neustadt, Bruchsal, Schopfheim, Müllheim, St. Gallen, Waldkirch und Emmendingen.
3. Offenburg mit Offenburg, Wolfach, Lahr, Oberkirch, Rehl, Bühl und Rastatt.
4. Karlsruhe mit Ettlingen, Pforzheim und Bretten.
5. Mannheim mit Bruchsal.
6. Heidelberg mit Weinheim, Wiesloch, Sinsheim, Mosbach, Buchen, Heilbronn, Tauberbischofsheim und Wertheim.

Der badische Wahlkreisverband ist unter den 31 Verbänden der 29.

Zusammengelegt sind u. a. Hamburg, Mecklenburg-Schwerin und Stettin sowie Lübeck. Das Land Sachsen erhält statt der bisherigen 3 Wahlkreise 2 Wahlkreisverbände, die Provinz Brandenburg hat 3 Wahlkreise nur noch einen Wahlkreisverband. Unter den 12 Ländergruppen, in denen die Wahlkreisverbände zusammengefaßt werden, ist die letzte Schwereidenschaft. Sie umfaßt Baden, Württemberg und den preussischen Regierungsbezirk Sigmaringen.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm

Zement und Linoleum verweigern Preisnachlässe

M. Berlin, 21. Aug. (Priv.-Tel.) Gegenüber Vorwürfen des „Vorwärts“ über das Arbeitsbeschaffungsprogramm erfahren wir von zuständiger Stelle, daß die Reichspost Austräge in Höhe von 200 Millionen Reichsmark bereits erteilt hat. Davon sind 132 Millionen für die Schwachstromindustrie, 23 Millionen für die Maschinenindustrie, 20 Millionen für Bauten. Der Rest ist für die übrigen Beschaffungsgegenstände.

Die Regierung hat in den Verhandlungen überall 10prozentige Preisnachlässe gegenüber den jetzigen Tagespreisen erreicht, zum Teil sogar mehr. Eine Ausnahme bildet nur das Zementkartell, das an seinen Preisen festhält. Es ist aber gelungen, eine Reihe von Einzelfirmen zu bekommen, die die Lieferungen nun allein übernehmen werden, nachdem sie einen entsprechenden Preisnachlaß bewilligt haben. Infolgedessen wird das Zementkartell ausgeschaltet. Ebenso hat der Linoleumtrust eine Preisermäßigung verweigert. Es sollen insofern für Bodenbeläge kein Linoleum verwendet werden.

Sprengstoffattentat auf ein Gewerkschaftshaus

W.B. Hannover, 21. Aug. (Tel.) Heute in den frühesten Morgenstunden ist im hiesigen Gewerkschaftshaus ein Paket niedergelegt worden, das später aufgefunden und geöffnet wurde. In dem Paket befand sich eine Höllemaschine, die sehr sorgsam konstruiert war und als Sprengkörper eine Granate mit einem hochbrisanten Sprengstoff enthielt. Durch einen glücklichen Umstand hat das automatische Werk der Höllemaschine verjagt und die Explosion ist unterblieben. Aus der Art der Anlage ist zu schließen, daß die Explosion eine schwere Verheerung angerichtet hätte. Der Täter ist unbekannt, die Ermittlungen sind in vollem Gange.

Deutschesindische Kundgebungen in Polen

W.B. Posen, 21. Aug. (Tel.) Im Zoologischen Garten fand gestern eine große nationaldemokratische Kundgebung gegen die Rede des Reichsministers Treutmann statt. Die Säle waren überfüllt. Nach den verschiedenen Ansprachen, die mit stürmischer Begeisterung begrüßt wurden, sang man am Schluß der Versammlung das deutschesindische Mota-Lied. Hierauf zog die Menschenmenge vor das deutsche Konsulat, wo gleichfalls das Mota-Lied gesungen wurde und Pfuirufe ertönten. Zu Ausschreitungen ernsterer Natur ist es nicht gekommen. Die Polizei gestreute dann die Menge, wobei einige Personen, die besonders widerpenig waren, leicht verletzt worden sind.

Auch in Braun wurden solche Kundgebungen veranstaltet, an denen sich den Meldungen der polnischen Presse zufolge, etwa 10 000 Personen beteiligt haben sollen. Es wurde eine von einem Abgeordneten verlesene Entschließung angenommen, die feststellt, daß das ganze polnische Volk bereit sei, seine Grenzen zu verteidigen. Anschließend wollte die Menge vor das Konsulat ziehen, wurde daran aber von der Polizei verhindert.

Die Streiks in Nordfrankreich

W.B. Paris, 21. Aug. (Tel.) Wie verlautet, beabsichtigt Arbeitsminister Laval sich heute nach Lille zu begeben, um selber die auf Grund der in Paris geführten Verhandlungen erwartete Einigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu sanktionieren.

Die neue Bürgersteuer

Durch die Verordnung des Reichspräsidenten „Zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände“ v. 26. Juli 1930 wird zum ersten Male der Versuch gemacht, die Gemeindefinanzen in Deutschland auf eine neue Grundlage zu stellen. Seit der großen Erzberger'schen Finanzreform, deren Notwendigkeit angesichts des ungeheuer großen Reparationsbedarfs des Reiches heute niemand mehr verkennen kann, waren den Gemeinden die wichtigsten eigenen Steuerquellen entzogen worden. An großen eigenen beweglichen Steuern waren ihnen nur noch die Realsteuern, also Gewerbe-, Grund- und Gebäudesteuern verblieben. Die unvermeidliche Folge war, daß die Gemeinden ihren erhöhten und immer noch wachsenden Steuerbedarf vorzugsweise durch äußerste Anspannung dieser Realsteuern zu decken versuchten, und daß infolgedessen die Realsteuern bald unerträglich hoch wurden.

In einer Reihe von Ländern hat man daher schon in den letzten Jahren den Gemeinden die Möglichkeit gegeben, einen sogenannten Verwaltungskostenbeitrag von sämtlichen Einwohnern zu erheben. Da dieser Verwaltungskostenbeitrag in der Hauptsache zur Entlastung der Gewerbetreibenden und der Hauseigentümer von den übersteigerten Realsteuern dienen sollte, so war häufig die Bestimmung getroffen worden, daß die Gemeinden zur Erhebung der Verwaltungskostenbeiträge verpflichtet seien, sobald die Realsteuern eine gewisse Höhe überschritten hatten.

Derartige Bestimmungen waren vor allem in Bayern und in Württemberg eingeführt worden. In Bayern besteht seit drei Jahren eine kommunale Abgabe, die den Namen „Verwaltungskostenabgabe“ führt, und die für alle über 21 Jahre alten Bürger gleichmäßig hoch ist, aber höchstens 6 Reichsmark jährlich betragen darf. Die bayerischen Gemeinden dürfen ihre Umlagen nur dann erhöhen, wenn sie trotz Ausschöpfung aller sonstigen zur Verfügung stehenden steuerlichen Einnahmen nicht in der Lage sind, ihren Haushalt auszugleichen. Daraus ergibt sich auch, daß die Gemeinden ihre Umlagen nicht steigern dürfen, bevor sie die ihnen freigegebene Verwaltungskostenabgabe eingeführt haben. Trotzdem hat jedoch ein ganz kleiner Teil der bayerischen Gemeinden bisher die Verwaltungskostenabgabe erhoben. Das gleiche gilt für Württemberg, wo schon seit 1923 die Bestimmung steht, daß bei Überschreitung einer gewissen Höhe der Realsteuern die Gemeinden eine „Einwohnersteuer“ erheben müssen, die in großen und mittleren Städten 4 RM jährlich, in den übrigen Gemeinden 3 RM jährlich beträgt. Endlich ist auch in Oldenburg seit einiger Zeit den Gemeinden die Erhebung einer Verwaltungskostenabgabe freigestellt worden, und die Städte Oldenburg, Barel und Brake haben von dieser Erlaubnis Gebrauch gemacht. In der Stadt Oldenburg führt diese Bürgersteuer geradezu den Namen „Abgabe zu den Kosten der Wohlfahrtsverwaltung“.

Nachdem nun durch die Notverordnung sämtlichen Gemeinden im Reich die Erhebung einer Verwaltungskostenabgabe gestattet worden ist, die grundsätzlich jeden gemeindefähigen Einwohner treffen soll, so darf man wohl annehmen, daß in nächster Zeit sehr viele Gemeinden zu diesem Notmittel greifen werden, um eine weitere Erhöhung der Gewerbesteuererträge zu vermeiden. Allerdings wird den Gemeinden in der Notverordnung ausdrücklich freigestellt, ob sie eine Bürgersteuer oder eine Gemeindefähigersteuer oder beide Steuern nebeneinander erheben wollen.

Wenn gegen die Bürgersteuer vielfach der Einwand erhoben worden ist, daß sie eine Kopfsteuer und darum ein rohes und unfaires Hilfsmittel sei, so ist auch diesem Einwand durch die nähere Ausgestaltung, die die Bürgersteuer in der Notverordnung erfahren hat, der Boden entzogen worden. Die Steuer ist nämlich jetzt keine eigentliche Kopfsteuer mehr, sondern sie wird abgestuft nach der Höhe des veranlagten Jahreseinkommens. Sie soll für alle Personen mit einem Jahreseinkommen von nicht mehr als 8000 RM jährlich 6 RM betragen; bei einem Jahreseinkommen zwischen 8000 und 12 000 RM soll sie sich mindestens auf 12 RM erhöhen; von da an steigt sie dann weiter bis zu einem Höchstbetrage von mindestens 1000 RM bei einem Jahreseinkommen von mehr als 500 000 RM. Werden höhere Sätze bestimmt, so müssen sie zueinander in dem gleichen Verhältnis stehen wie die in der Notverordnung festgesetzten Sätze.

Alle Personen, die einkommensteuerfrei sind, brauchen nur die Hälfte desjenigen Steuerfußes zu zahlen, der von den einkommensteuerpflichtigen Personen mit nicht mehr als 8000 RM Jahreseinkommen erhoben wird. Ehefrauen zahlen gleichfalls nur die Hälfte desjenigen Steuerfußes, der für den Ehemann gilt. Bei der Berechnung des Jahreseinkommens wird, ebenso wie bei der Einkommensteuer, das Einkommen des Ehemannes und das der Ehefrau zusammengerechnet, es sei denn, daß sie getrennt leben. Der Bürgersteuer unterworfen sind grundsätzlich alle

im Gemeindebezirk wohnenden natürlichen Personen, die über 20 Jahre alt sind. Befreit sind Krüsenunterstützte und Fürsorgeunterstützte.

In denjenigen Gemeinden, in denen die Gemeindegrundsteuerfächer oder die Gemeindegewerbesteuerfächer den Landesdurchschnitt übersteigen, sollen die Gemeinden vom Jahre 1931 ab sowohl zur Erhebung der Gemeindebesteuer als auch der Bürgersteuer mit den obenerwähnten Landesfächern, bei stärkerer Überschreitung des Landesdurchschnitts sogar zur Erhebung von 50 bzw. 100 Prozent Zuschlag zur Bürgersteuer verpflichtet sein. Diese Bestimmungen werden sich aller Voraussicht nach dahin auswirken, daß die meisten Gemeinden im nächsten Jahre die Bürgersteuer einführen dürften.

Die Gemeinden haben also künftig wieder eine, oder wenn man die Gemeindebesteuer hinzurechnet, sogar zwei große bewegliche Steuern, mit deren Hilfe sie ihren Einnahmeharzen decken und eine Überforderung der Realsteuern vermeiden können. Ob diese beiden neuen Steuerquellen sehr einträglich sein werden, muß sich freilich erst erweisen. Beliebt werden sie sicherlich alle beide nicht sein. Aber das ist schließlich eine Steuerüberhaupt nicht. Bei richtiger und durchgreifender Ausgestaltung kann insbesondere die Bürgersteuer, da sie ja im wesentlichen von allen Bürgern erhoben werden soll, den Gemeinden recht ansehnliche neue Einnahmen einbringen. Zur Grunde genommen unterscheidet sich die Bürgersteuer in der Gestalt, die ihr die Notverordnung gibt, nicht grundsätzlich von einem gemeindlichen Einkommensteuereinzugschlag. Ein Unterschied besteht hauptsächlich darin, daß die Bürgersteuer sich auch auf die einkommensteuerfreien Einwohner (die ja auch wahlberechtigt sind) erstreckt, wenn auch mit sehr geringen Steuerfächern. Man wird die Einführung der Bürgersteuer vor allem deswegen begrüßen müssen, weil sie endlich wieder den Gemeinden die Möglichkeit gibt, selbst Steuern zu erheben, die zur Deckung des kommunalen Fehlbedarfs ausreichen müßten. Damit ist der Weg zu einer Gesundung der Gemeindefinanzen hoffentlich freigelegt.

Fernheizungsprojekt für den Berliner Westen

BRN. Berlin, 21. Aug. (Priv.-Tel.) Die Direktion der städtischen Berliner Elektrizitätswerke AG. hat der „B. Z.“ zufolge die Absicht, im Westen Berlins ein großes zentrales Heizwerk zu errichten. Das provisorische Projekt sieht einen Kostenaufwand von 27 Millionen vor. Die „Bewag“ hat mit ihren beiden bisherigen Heizwerken in Charlottenburg und Steglitz gute Erfahrungen gemacht. Die Zahl der durch Fernheizung erwärmten Wohnhäuser ist jedoch noch gering. Die ersten wurden 1927 angegeschlossen. Der Berliner Magistrat wird zu dem Projekt erst nach seiner vollständigen Ausarbeitung Stellung nehmen. Es ist damit zu rechnen, daß es in zwei Jahren erbaut ist. Die städtischen Behörden liegt daran, das neue Heizwerk, das die Bewag finanzieren soll, möglichst bald in Angriff genommen zu sehen, weil es bedeutende Arbeitsmöglichkeiten schafft. Die eigentliche Notstandsaktion der Stadt ist durch die ungünstige finanzielle Lage Berlins sehr beengt. Vorläufig stehen nur 5 Millionen Reichsmark für Wohnbauzwecke zur Verfügung.

Millionenbetrug eines Generaldirektors

Wie der „Börs. Ztg.“ aus Wiesbaden gemeldet wird, ist dort eine riesige Betrugsaffäre aufgedeckt worden. Die Staatsanwaltschaft hat einen Steckbrief gegen den ehemaligen Generaldirektor der chemischen Fabrik von Goldenberg, Ceronand & Co., Dr. Oskar Neuberg, und dessen Bruder Emil erlassen. Dr. Neuberg ist dringend verdächtig, in den Jahren 1918 bis 1926 absichtlich das Vermögen der Gesellschaft um Unsummen — man spricht von sechs Millionen Goldmark — geschädigt zu haben. Die Gesellschaft gehörte zu den bestfundierten der deutschen Industrie und hatte eine Monopolstellung für die Herstellung von Weinsäure. Die jetzt feindlich verfolgten Neubergs schafften in der Inflationszeit die realisierbaren Werte der Gesellschaft ins Ausland, wo sie Holdings-Gründungen vornahm. Dr. Oskar Neuberg wohnt jetzt in Montpellier und betreibt dort erneut das Weinsäureverfahren fabrikatorisch. Sein Bruder soll in Scheveningen in Holland leben.

Sommeroperette im Karlsruher Konzerthaus

„Es kam ein Busch gezogen“ (damals in Jena) betitelt sich die neueste Operette, die Direktor Hans Norden gestern abend zum ersten Male dem hiesigen Publikum vorstellte. Um es vorwegzusagen, eine lustige, fidele Handlung, richtiges Puffchenmilieu, reich an komischen, purzelbaumschlagenden Situationen und Verwicklungen, die sich am Schlusse in die erwarteten Verlobnisse auflösen; eine leichte, gefällige Musik, die stellenweise gerabugu zum Mitsingen auffordert (was das Karlsruher Publikum gestern abend bei Beginn des 3. Aktes leider nicht tat, bei dem Liede „Ich lasse nichts auf mein Deutschland kommen“, obwohl Herr Norden den Text groß auf die weiße Wand projizieren ließ). Der Text — nur einige Male im 2. Akt zu sentimental — ist von Ernst Neugraf, die Musik von Fredy Raymond. Die Uraufführung des Stückes fand seinerzeit in Wien statt, wo es großen Erfolg erzielte, wie auch in anderen Städten. Wer einmal herzlich lachen will, dem sei der Besuch dieser Operette wärmstens empfohlen. Direktor Norden hat damit sicher einen guten Griff getan, wie auch mit der geistigen Rollenbesetzung.

Hans Hoyer gab den Rektor Sauerbrunn, ein echter Pantoffelheld, der trotz großer Worte eine Heidenangst vor seiner Frau hat, weil diese ihn einmal mit einem Mädchen übernahm (es war aber das Stubenmädchen). Im 3. Akte aber emanzipiert er sich; er tritt als „Mann“ auf und bekommt sogar den Hauschlüssel ausgehändigt, da er Beweise über die beabsichtigte „prinzliche“ Untreue seiner Ehefrau erhält. Diese, gespielt von Olga Stümen, war ganz in ihrem Element als energische, herrschsüchtige, ihre Tochter gar zu gerne einem reichen Jünger als Mann verschachende Kantippe. Beide, Hans Hoyer und Olga Stümen, gaben ihre Rollen prächtig. Der beiden Tochter, Anchen, gespielt von Selma Mangel, bekommt zwar den Geliebten — aber er ist plötzlich nicht der Jünger, sondern dessen Freund Aug. Weinhilz. Gesanglich und schauspielerisch gab sie eine sehr gute Leistung, die zu noch größeren Hoffnungen berechtigt. Ihr Text könnte noch etwas besser sitzen. Das Aschenbrödel — Mündel der Frau Rektor, die sich in den armen Studenten Weinhilz verliebt, der sich nachher aber als der reiche Jünger entpuppt (den sie auch bekommt, genau wie im Märchen) — wurde von Herta Jensen gespielt. Sie war wieder einzig, bot besonders als „Prinz-Student“ eine prächtige Figur. Sie erntete mit ihrem Partner Weinhilz, alias Jünger, gespielt von Gerd Post, reichen Beifall, so besonders im 1. Akte bei dem Duett: „Wer verliebt ist, erwägt nicht noch morgen“, desgleichen mit ihrem Aschen-

Nach dem Rücktritt der Regierung Held Die verworrene Lage in Bayern

Nachdem die bayerische Regierung Held zurückgetreten ist — sie muß allerdings vorerst die Geschäfte weiterführen — und damit der Opposition die Verantwortung überließ, hat Landtagspräsident Stang der sozialdemokratischen Fraktion als der größten Oppositionspartei den Auftrag erteilt, „die Frage der Bildung einer neuen bayerischen Regierung in die Wege zu leiten und dem Landtagspräsidium spätestens innerhalb 10 Tagen Mitteilung über das Ergebnis zu machen“. Der sozialdemokratische Fraktionsführer Endres hat sich seine Stellungnahme bis zu der am kommenden Dienstag stattfindenden Sitzung seiner Fraktion vorbehalten.

Die Sozialdemokratie wird jedoch nicht insinuiert sein, mit der opponierenden Mehrheit vom Mittwoch eine Regierung zu bilden, denn diese Mehrheit (62 gegen 58 Stimmen der Bayerischen Volkspartei und der Deutschnationalen) setzt sich aus folgenden absolut nicht unter einen Hut zu bringenden Parteien zusammen: Sozialdemokraten, Deutsche Volkspartei, Bauernbund, Nationalsozialisten und Kommunisten. Ein Ausweg ist zur Zeit nicht ersichtlich, da ohne die Bayerische Volkspartei eine Regierung nicht zu bilden ist und diese größte Partei in Bayern eine Koalition mit den Sozialdemokraten bisher strikte abgelehnt hat. Auch die Rückkehr zur alten Koalition, die aus Bayerischer Volkspartei, Deutschnationalen und dem Bauernbund bestand, ist verbaut. Der Bauernbund ist bekanntlich erst kürzlich aus der Koalition ausgetreten und hat seinen Minister, den Landwirtschaftsminister Dr. Fehr, wegen des Konflikts mit der Schlachtsteuer aus der Regierung zurückgezogen.

Ministerpräsident Dr. Held war seit dem 1. Juli 1924 ununterbrochen im Amt, wenn auch in der Zusammensetzung seines Ministeriums im Laufe der Zeit einige personelle Änderungen eintraten, zuletzt der Austritt Fehrs, da der Bauernbund sich zuerst den ministeriellen Deckungsversuchen des Stattdesigis durch eine Schlachtsteuer widersetzte. Er verlangte eine 25proz. Kürzung der im Jahre 1927 vorgenommenen Erhöhung der Beamtengehälter, ein Vorschlag, dem insofern keine praktische Bedeutung zukommt, als dies nur auf dem Wege eines verfassungsändernden Reichsgesetzes möglich wäre. Die Sozialdemokratie, die stärkste Oppositionspartei, sprach sich ebenfalls gegen die Schlachtsteuer aus und verlangte einen Abbau um mindestens 8 Millionen der erheblichen freiwilligen Leistungen des Staates an die Religionsgesellschaften, vor allem an die katholische Kirche. Hier sind es die Bestimmungen des Konkordats, die einer wenigstens sofortigen Entlastung des Staates entgegenstehen.

Die Bayerische Volkspartei beharrte aber auf einer endgültigen Beseitigung der Schuldenwirtschaft und erklärte, daß es aussichtslos sei, mit weiteren Finanzwünschen an das notleidende Reich heranzutreten, solange nicht in eigenen Hause alle Mittel der Selbsthilfe erschöpft seien. Diese Notwendigkeit überläßt die Bayerische Volkspartei jetzt den Oppositionsparteien, und sie kann dies um so leichter, als alle weiteren Möglichkeiten nunmehr von ihrer Zustimmung abhängig sind. Man wird zunächst mit einer langen Dauer des nunmehrigen Geschäftsministeriums Held zu rechnen haben.

Die „Bayerische Staatszeitung“ erklärt, der Landtag habe einen Trümmerhaufen zurückgelassen, und das Land sei in eine Krise gestürzt, deren Verlauf und Ausgang sich gar nicht übersehen lasse. Die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“ erklärt, die Bayerische Volkspartei sei sich sehr wohl der Verantwortung bewußt, die sie dadurch übernehme, daß sie der Opposition den Weg freimache, nunmehr ihr Heil in einer neuen Regierungsbildung zu versuchen, an der die Bayerische Volkspartei keinen Anteil übernehmen könne. Man

brödelnd und mit dem Duett „Damals in Jena“. Den falschen Jünger, alias Weinhilz, gab der unverwundliche, von Humor übersprudelnde Leo Wager, der wieder ganz auf der Höhe war und ebenfalls reichen Beifall erntete. Der Bedell Kälchen, dargestellt von Ottmar Lutz, übertraf sich selbst. Einen lebenswahren Bedell, als er ihn darstellte, naiv-schlau, durchtrieben, ergeben, doch eine treue Seele, gibt es nicht. Seinem Couplet im 3. Akte, bei der Konzertszene, „Politik“, mußte er mehrere Verse zugeben. Auch die übrigen kleineren Rollen, der Vorstufe v. Kraehwitz von Carl Ferd. Probst, der Hauptmann der Bürgerwehr Sannemann von Franz Wagner usw., waren in guten Händen. Ein Gesamtlieb der Chor und dem ausgezeichneten Orchester, dessen Dirigent, Dr. Grün, sich auch auf der Bühne zeigen mußte.

Das Publikum spendete reichlichen, herzlichen Beifall und den Hauptdarstellern eine Menge von Blumen. **Kr.**

Bayreuth ehrt Karlsruher Künstler. Kammermusiker Richard Kriebe, Chorführer Adolphine Arras und Chorführer Joseph Gröninger, alle drei Mitglieder des badischen Landestheaters, konnten in diesem Jahre als Teilnehmer an den Bayreuther Festspielen ihr 25jähriges Jubiläum feiern. Die Stadt Bayreuth ehrt die Jubilare durch eine besondere Feier.

Das Hessische Landestheater in Darmstadt (Generalintendant Carl Ebert) hat für die Spielzeit 1930/31 folgende Werke zur Uraufführung erworben: „Mississipi“ von Georg Kaiser, „Das Schlachthaus“ von Peter Eberhard Mayer, „Die Portugiesische Schlacht“ von Ernst Penzoldt, „Der Faltschpieler“ von Schwaiblmair und „Die fünfundsanzigste Frau“ von Josef Sell.

Die Annette-von-Droste-Gesellschaft veranstaltet am 21. September in diesem Jahre zum ersten Male in Weersburg ihre Jahresfeier. Vormittags wird am Grabe der Dichterin eine Gedächtnisfeier stattfinden.

Kastbare Dürer-Sammlungen in Österreich entdeckt? Der Custos der Wiener Albertina, Heinrich Leopoldi, soll, wie aus Wien gemeldet wird, gelegentlich einer Inventarisierung auf einem österreichischen Lande, eine ungewöhnlich reichhaltige Sammlung Dürerer Graphiken entdeckt haben. Wie „Die Stunde“ berichtet, handelt es sich um eine der bedeutendsten Privatansammlungen dieser Art. Fast alle Dürer-Werke sollen in herrlichen Frühdrucken vorhanden sein, so z. B. die Serie Marienleben in fast druckfrischen Probedrucken, es fehlt aber auch der Meldung zufolge, nicht an seltenen Rotstärken, wie sie selbst in den größten öffentlichen Sammlungen nur vereinzelt zu finden sind.

lönne weder von der geschäftsführenden Regierung, noch von der hinter ihr stehenden Bayerischen Volkspartei verlangen, daß sie der Opposition die Erfahrung über den Unterschied zwischen einer geschäftsführenden Regierung und einer politisch verantwortlichen Regierung ersparen werde.

Zur Wahlbewegung

Ein Schreiben Dr. Scholz an die Staatspartei

BRN. Berlin, 21. Aug. (Tel.) Wie wir erfahren, hat der Führer der Deutschen Volkspartei, Reichsminister a. D. Dr. Scholz, der Deutschen Staatspartei den Aufruf übermittelt, der von der Konservativen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und der Deutschen Volkspartei ausgearbeitet worden ist, und in einem Begleitschreiben angefragt, ob die Staatspartei bereit wäre, diesen Aufruf mit zu unterzeichnen. Mit der Frage ist die Bitte verknüpft, eine Antwort bis Freitag vormittag geben zu wollen, weil der Aufruf morgen veröffentlicht werden soll. Der Aktionsausschuß der Deutschen Staatspartei wird heute nachmittag zusammenzutreten, um seine Entscheidung über die Anfrage von Dr. Scholz zu treffen.

Die Meldung eines Mittagsblattes, daß Reichsminister Treviranus an die Staatspartei herantreten sei, trifft nicht zu.

Eine Wahlrede des Prälaten Kaas

In Breslau sprach am Mittwoch Prälat Kaas, der Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei.

Er führte u. a. aus: Politik ist die Kunst des Erreichbaren. Wer eines zusammengebrochenen Volkes Führer sein will, der hat die Pflicht, die Möglichkeiten nüchtern und sachlich zu prüfen, die für die Zukunft seines Volkes gestellt werden. Wir kennen die Schäden, aber wir wissen auch, daß der Weg zur Besserung nicht der Frontalangriff ist, sondern der Weg aufbauender mühsamer Arbeit. Dr. Brüning habe einen Notstand festgestellt und zu den Mitteln gegriffen, die durch die Verfassung für solche Fälle zur Verfügung stehen. Das deutsche Volk will gerettet sein, ob mit Artikel 48 oder ohne Artikel 48. Und wenn es ohne Artikel 48 zugrunde geht, dann wird es sich bei denen bedanken, die, um die Verfassung zu retten, das Volk selbst zugrunde gehen ließen.

Auf das Zentrum selbst eingehend, bezeichnete Prälat Kaas das Zentrum als kulturell-konservativ. Nichts liegt uns fern, als die Frage des Regimes als solche zu einem Gegenstand der Verheerung zu machen. Aber wer verlangt, daß das Zentrum staatspolitisch reaktionär werden soll, der wird auf eine granitene Mauer stoßen. Bei uns ist der demokratische Gedanke in guter Gut. Wir denken nicht daran, auf diktatorischem Wege das Volk um seine Rechte zu berauben. Aber wir treten heute vor die Massen, und wir haben das Vertrauen, daß trotz aller Verheerung in diesen Massen noch so viel gesundes Urteils, noch so viel politischer und ethischer Instinkt schlummert, daß wir nur an ihn zu appellieren brauchen, um ihn zu wecken und ihnen zu sagen: Demokratie ist nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht, eine Aufgabe.

Konservative gegen Koalition mit Sozialdemokraten

Die Pressestelle der Konservativen Volkspartei verbreitet folgende Feststellung:

„Die Partei und ihr Führer Treviranus halten nach wie vor an der Auffassung fest, daß die Lösung der großen Aufgaben, vor die Reichsregierung, Reichstag und das ganze deutsche Volk jetzt und in der nächsten Zeit gestellt sind, keinesfalls mit den Sozialdemokraten möglich ist. Diese Auffassung wurde von der Partei und ihrem Führer schon bisher vertreten, an ihr hat sich nichts geändert. Die Sozialdemokraten haben in den zwei Jahren, in denen sie an der Reichsregierung beteiligt waren, ihre Unfähigkeit so nachdrücklich bewiesen, daß neue Versuche mit ihnen nicht mehr unternommen werden können. Sollten solche Versuche von anderer Seite gewünscht und für aussichtsreich gehalten werden, so steht jedenfalls heute schon fest, daß die Konservativen Volkspartei sich an ihnen nicht beteiligen, sondern sie auf das Schärfste bekämpfen wird.“

Wie aus Berlin gemeldet wird, sind Reichsminister a. D. Michaelis, General der Infanterie a. D. v. Rühl und Oberpräsident a. D. Winnig zur Konservativen Volkspartei übergetreten.

Jungdeutscher Orden parteipolitisch neutral

Im „Jungdeutschen“ veröffentlicht der Komtur (Weiter) der Halle Groß-Berlin des Jungdeutschen Ordens, Oelmers, einen Aufsatz „Parole 1929 — Parole 1930“, in dem es heißt:

Es sei betont, daß der Jungdeutsche Orden nach wie vor ein unparteiischer Bund ist und bleibt. Seinen Mitgliedern, unseren jungdeutschen Schwestern und Brüdern, steht es absolut frei, in welcher parteipolitischen Gruppe sie sich persönlich betätigen wollen. Außerdem können staatsbejahende deutsche Menschen verschiedener Parteien oder sonst nicht politisch organisierte jederzeit in den Jungdeutschen Orden als neue Mitglieder aufgenommen werden. Für uns Jungdeutsche gibt es keinen Zweifel darüber, daß Nationalsozialistische Reichsvereinigung und Deutsche Staatspartei vorübergehende Zweckorganisationen sind. Das Meinende, der ruhende Pol sei nur der Orden. In dieser Erkenntnis liege die unparteiische Haltung und Grundeinstellung des Ordens verankert, die über alle Tagesfragen und zeitlichen Zwischenziele hinaus das Fernziel nicht aus dem Auge verlieren lasse.

Präsidenten und Beamte des Reichslandbundes sollen nicht landbieren

Wie die „Deutsche Zeitung“ erfährt, hat eine Anzahl von Landbänden beim Reichslandbund den Antrag gestellt, daß Präsidenten und Beamte des Reichslandbundes nicht mehr zum Reichstag landbieren. Dieser Antrag entspreche der Sorge, daß der Reichslandbund durch seine zunehmende parteipolitische Betätigung seine Geschlossenheit verliere und dadurch seine eigentliche Aufgabe, die wirtschaftliche Vertretung des Landvolkes, nicht erfüllen kann. Die schlechten Erfahrungen, die der Landbund mit seinen politisierenden Präsidenten und Beamten gemacht habe, hätten zahlreiche Teile von der Gefährlichkeit des parteipolitischen Kurzes überzeugt.

Randibaturen

Die Liste der Konservativen Volkspartei in Berlin wird Herr v. Lindeiner-Wildau führen. Im Wahlkreis Potsdam II steht ebenfalls an erster Stelle Herr v. Lindeiner-Wildau.

Im Wahlkreis Köln-Nachen hat die Deutsche Staatspartei als Spitzenkandidat Dr. Josef Winkshuf aufgestellt. Der Spitzenkandidat in Hesse-Raffau ist Reichsfinanzminister a. D. Reinhold.

In einer außerordentlichen Versammlung der Deutschen Volkspartei im Wahlkreis 3 (Potsdam II) wurden die ersten sechs Stellen der Kandidatenliste wie folgt besetzt: 1. Abg. von Kardorf, 2. Frau Regierungsrätin Anna Meyer, 3. Dipl.-Ing. Dr. Krusch, 4. Oberleutnant Rimm, 5. Fabrikant Graef (Storlow), 6. Arbeiter Beckmann (Steglich).

Gegen die Pariser Pressebetze

Daladier für deutsch-französische Verständigung

Paris, 21. Aug. Der Vorsitzende der Radikalen Partei, der Abgeordnete Daladier, äußert sich zum deutsch-französischen Problem in der „Republique“ und erklärt u. a.:

Ich bin entschlossener Anhänger der deutsch-französischen Verständigung, die nach meiner Ansicht das Schlüsselproblem des Friedens und der europäischen Ordnung ist. Entweder wird trotz aller unaufhörlich wiederkehrender Konflikte, durch die sich die Nationalisten diesseits und jenseits des Rheines auszeichnen, eine Verständigung erfolgen und denen, die davon träumen, Europa in neue Konflikte zu bringen, Stillschweigen auferlegt, oder unsere Generation wird sich als ohnmächtig zur Erfüllung dieser großen Aufgabe erweisen. Dann wird nichts und niemand einen neuen Weltkrieg verhindern können. Deshalb behauere ich, daß seit einigen Wochen eine übermäßige Polemik im Gange ist, die diese unerlässliche Verständigung verhindert oder verzögert.

Die Bücher des Generals von Seekt, die man heute zu diesem Zwecke ausschlägt, sind ein militärwissenschaftliches Werk. Keiner greift General von Seekt an oder bedroht es, wie man versucht sein könnte zu glauben, wenn man die Kommentare verschiedener französischer Zeitungen liest.

Die französische Delegation für Genf

Paris, 21. Aug. (Tel.) Heute findet im Elisee ein wichtiger Ministerrat statt, der sich mit der Zusammenziehung der französischen Delegation für die kommende Völkerbundstagung, dem Budgetgleichgewicht und der Streitfrage in Nordfrankreich beschäftigt wird. — Der „Petit Parisien“ will wissen, daß die Regierung beschlossen habe, der französischen Delegation jeden politischen Charakter zu nehmen und sie einzig und allein aus Kabinettsmitgliedern zusammenzusetzen, deren Führung Briand übernehmen werde. Die Minister Flaminio und Laval sowie der Unterstaatssekretär Pétache würden ihr angehören. Die Beamten und Angestellten, die das vorige Mal sich mit nach Genf begeben hatten, würden die gleichen bleiben.

Der Ministerrat wird sich, wie das „Oeuvre“ erklärt, nicht mit Briands Antwort auf die Stellungnahme der verschiedenen Nationen zu seinem Memorandum über die föderative Gestaltung Europas befassen, da der Bericht des französischen Außenministers noch nicht fertiggestellt sei. Diesen Bericht, der eine Analyse der 26 Antworten auf das Memorandum darstellt, jedoch keine neuen Anregungen enthält, werde Briand in Genf vortragen. Solche Anregungen werde Briand mündlich vorbringen. Vor der Völkerbundstagung werde der französische Außenminister sich nur darauf beschränken, die 26 in einer Broschüre vereinigten Antworten auf sein Memorandum in Form eines **Blaubuches** den verschiedenen europäischen Regierungen offiziell zur Kenntnis zuzustellen.

Rehabilitierung des angebl. Spions Hartmann

Vom Militärgericht Paris ist am Mittwoch im Wiederanfrageverfahren der vor 36 Jahren nach Kalifornien ausgewanderte Elsfässer Hartmann, der 1919 von einem französischen Kriegsgericht wegen angeblicher Spionage in contumaciam zum Tode verurteilt worden war, freigesprochen worden.

In dem Spionageprozeß von 1919, der damals großes Aufsehen erregte, waren der französische Schriftsteller Henry Gilibaud und ein gewisser Dr. Charles Hartmann beschuldigt worden, mit ausländischem Geld defätistische Zeitschriften unterstüzt und auch sonst die gegen die Fortsetzung des Krieges gerichtete Bewegung gefördert zu haben. In der Begründung des getriggen Urteils, das Hartmann völlig entlastet und rehabilitiert, wird festgestellt, daß Hartmann bis vor wenigen Monaten, als er seinem elsfässischen Geburtsort einen Besuch abstattete und verhaftet wurde, Amerika überhaupt nicht verlassen hatte, und daß das gegen Hartmann gefällte Todesurteil von 1919 einen Unbekannten betrifft, der sich die Ausweispapiere Hartmanns angeeignet hatte. Aber die Art und Weise, wie der Unbekannte in den Besitz seiner Ausweispapiere gekommen war, konnte Hartmann keine Angaben machen. Nach der Verkündung des Urteils wurde er sofort auf freien Fuß gesetzt.

Ausperrung in Le Havre

Paris, 21. Aug. (Tel.) In Le Havre hatten, wie bereits berichtet, die Dockarbeiter die Schiffe verschiedener Schiffahrtsgesellschaften zu löschen, so daß von den Arbeitgeber mit einer Ausperrung für Donnerstag gedroht worden war, falls am Mittwoch nicht sämtliche Schiffe gelöscht sein würden. Die Dockarbeiter haben sich durch diese Androhung nicht einschüchtern lassen und wiederum ein Schiff einer französisch-amerikanischen Schiffahrtsgesellschaft boykottiert, so daß die Arbeitgeber tatsächlich ihre Drohung wahr machten und für heute die Ausperrung anordneten. Ein Amerikaner, der mit Baumwolle und anderen Waren aus New-Orleans in Le Havre eingetroffen war, mußte nach Dünkirchen weitergeleitet werden.

Kleine Chronik

Ein mit orkanartigem Sturm und Hagelschlag verbundenes Gewitter hat in einem Teile Württembergs, besonders auf den Feldern und in den Obstgärten, großen Schaden angerichtet.

Auf dem Flugplatz Wünnen-Oberwiesentfeld stürzte Mittwochs nachmittags das Flugzeug „D 986“ ab. Der Flugzeugführer Ohm, der Kunstflüge ausführte, war auf der Stelle tot.

Auf die Bezirkskasse in der Meier-Otto-Strasse in Wilmersdorf wurde heute, Donnerstag, mit unerhörter Dreistigkeit ein Raubüberfall ausgeführt. Der 25 Jahre alte stellungs- und wohnungslose Wilhelm Krüger hatte festgestellt, daß die Hauptkasse im ersten Stockwerk von dem Kassierer aufbewahrt wurden. Er stieg mit einer Leiter durch das Fenster ein und raffte blühschnell alles Geld an sich, dessen er habhaft werden konnte. Er wurde aber nach kurzer Jagd eingeholt und der Polizei übergeben, nachdem er das Geld weggeworfen hatte. Da sich zur selben Zeit viele Arbeitslose in der Gegend befanden, die das herumliegende Geld einsteckten, ist die Höhe des fehlenden Betrages noch nicht festzustellen.

In Breslau kam es, nachdem ein 5jähriges Mädchen, das ohne Aufsicht auf der Straße spielte, von einer Straßenbahn überfahren und getötet worden war, an der Unfallstelle zu einem schweren Zusammenstoß zwischen einer größeren Menge, meist Erwerbslosen, und der Polizei. Das Überfallkommando wurde mit Steinwürfen empfangen. Der weiteren Polizeiverstärkung gelang es, der Menge Herr zu werden.

Der bisherige Leiter des Marienbader Hauptpostamtes (Tischelowsky), Sima, der im Verdacht steht, im Laufe der letzten Jahre zahlreiche Briefmarken, die Geld enthielten, unterschlagen zu haben, ist nunmehr verhaftet worden. Nach den bisherigen Feststellungen hat der Briefräuber mehr als 100 000 Kronen erbeutet.

Verbilligung des Wohnungsbaues

Die Reichsforschungs-Gesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen hat kürzlich einen Bericht über ihre bisherige Tätigkeit veröffentlicht. Die vornehmste Aufgabe dieser Reichsstelle ist es, Mittel und Wege zu finden, um den Wohnungsbau zu verbilligen. Auf die große Bedeutung dieser Bestrebungen braucht heute schon deswegen nicht ausdrücklich hingewiesen zu werden, weil der Hauptmangel der heutigen Bautätigkeit gerade darin besteht, daß die erstellten Wohnungen trotz der Heranziehung der billigen Hauszinssteuerehypotheken für den größten Teil der minderbemittelten Bevölkerung zu teuer sind.

Die Reichsforschungs-Gesellschaft will nun einen bestimmten Wohnungstyp schaffen, der einerseits den Bedürfnissen der minderbemittelten Bevölkerung möglichst genau angepaßt ist, andererseits aber zu Preisen hergestellt werden kann, die den finanziellen Möglichkeiten derer entsprechen, für die sie gebaut werden. Dabei kommt es natürlich darauf an, daß der Typ von Wohnungen, der auf diesem Wege sich als besonders rationell erwiesen hat, nun in so großen Mengen gebaut wird, daß sich daraus allerlei Verbilligungsmöglichkeiten ergeben. Gesamtausmaß, Raumeinteilung, Ausstattung und Installation sollen also zu Verbilligungszwecken in weitgehendem Maße genormt werden. Sind erst die Qualitätsnormen geschaffen, dann besteht die Aufgabe nur noch darin, unter allen Vor schlägen diejenigen herauszufinden, die mit den billigsten Mitteln Höchstleistungen erzielen lassen. Da die Schaffung der Qualitätsnormung auf rechnerischem Wege sehr schwierig ist, so hat die Reichsforschungsstelle versucht, durch Experimente einzelner Pioniere auf diesem Gebiete dem erstrebten Ziele näherzukommen.

Man wird nicht außer acht lassen dürfen, daß alles, was in dieser Hinsicht getan wird, eben nur Versuche darstellt, von denen man nicht weiß, ob und wie lange ihre Ergebnisse als befriedigend angesehen werden können. Professor Dr. Siebler, der Leiter der Reichsforschungs-Gesellschaft, hat mit Recht darauf hingewiesen, daß es vielleicht falsch wäre, die Wohnungseinteilung schon jetzt so festzulegen, daß ganze Generationen künftig an diese Einteilung gebunden sind. Er schlägt vielmehr vor, nur die Gesamtlage der Neubauwohnungen festzulegen und nach ihr die Hausstruktur zu bestimmen, dagegen die innere Aufteilung der Wohnung von der eigentlichen Struktur des Hauses ganz zu trennen, damit sie sich jederzeit elastisch den Erfordernissen der Zeit anpassen lasse. Die Wohnungsbedürfnisse sind sicherlich in der heutigen Zeit andere, als sie vielleicht in zehn oder zwanzig Jahren nach einem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft sein werden.

Das gilt namentlich auch hinsichtlich der vielumstrittenen Frage, ob das Einfamilienhaus oder das Mehrfamilienhaus bevorzugt werden soll. Das Einfamilienhaus ist in heutiger Zeit meist wohl für die minderbemittelte Bevölkerung ein unerschwingliches Ideal. Selbst die Hausformen, bei denen in jedem Geschoss des Miethauses am Treppeneingang nur zwei Wohnungen liegen, scheinen für Kleinwohnungen nicht wirtschaftlich zu sein. Man wird heute drei oder vier Wohnungen in jedem Stockwerk zulassen oder auch die Laubenganghäuser in Betracht ziehen müssen. Was die Zahl der Geschosse anbelangt, so hält die Mehrzahl der Fachleute Wohnhäuser mit höchstens fünf Geschossen für wirtschaftlich.

Sehr beachtenswerte Studien hat die Reichsforschungs-Gesellschaft in bezug auf Baustoffe und Bauteile angestellt. Auch hier kann durch Qualitätsnormen eine Verminderung des Kostenaufwandes erreicht werden. Große Aussichten auf Ersparnisse an Baukosten bestehen ferner, wenn die eigentliche Bauausführung aufs sorgsamste vorbereitet wird, um eine möglichst rationelle Betriebsführung im Bauwesen zu fördern. Es gibt alles in allem also eine große Anzahl von Aufgaben, durch deren betriebende Lösung die Reichsforschungs-Gesellschaft das Bau- und Wohnungswesen sehr erheblich zu fördern vermag. Allerdings steht die Lösung dieser Aufgabe wohl erst in ihren Anfängen.

Kurze Nachrichten

Kein Abschiedsgesuch des Generals Deye. Zu einer Meldung der „Schlef. Ztg.“, daß der Chef der Seeeresleitung, General Deye, sein Abschiedsgesuch eingereicht habe und zu seinem Nachfolger Generalmajor Frhr. v. Hammerstein bestimmt sei, wird vom Reichswehrministerium mitgeteilt, daß diese Meldung unrichtig sei. Weder habe General Deye ein Abschiedsgesuch eingereicht, noch seien irgendwelche Entscheidungen für eine Nachfolgerschaft getroffen worden. Wie von anderer Seite berichtet wird, haben anscheinend die Instimmigkeiten, die zwischen dem Chef der Seeeresleitung und prominenten Offizieren des Reichswehrministeriums, d. h. General Schleicher, Dunde, Desse und Stülppagel, über den politischen Kurs der Reichswehr bestehen, anscheinend die „Schlef. Ztg.“ zu ihrer Meldung veranlaßt.

Reichsverkehrsminister v. Guérard begab sich heute, Donnerstag, in Begleitung des Leiters der Luftfahrtabteilung im Reichsverkehrsministerium, Ministerialrat Brandenburg, nach der Wassertrappe in der Rhön, um den dortigen Segelflügen beizuwohnen. Damit bringt das Reichsverkehrsministerium erneut sein großes Interesse am Segelfluge zum Ausdruck.

Die deutsch-finnischen Verhandlungen. Wie wir erfahren, entbehrt die Wästermeldung, wonach Ministerialdirektor Ritter, der mit den Verhandlungen über die Revision des deutsch-finnischen Handelsvertrages betraut ist, der finnischen Regierung den Vorschlag gemacht haben soll, von sich aus den Handelsvertrag zu kündigen, jeder Grundlage.

Die Stilllegungen und Arbeiterentlassungen im Ruhrbergbau. Beim Stilllegungsminister in Dortmund ist eine weitere Reihe von Meldungen über Stilllegungen von Kokerzeilen und Arbeiterentlassungen eingegangen. Die Vereinigten Stahlwerke, Abteilung Gelsenkirchen, meldet die Stilllegung der Kokerzeile Jollverein 8-10 an. Hierbei werden 140 Arbeiter betroffen. Die Kokerzeile Bonifazius soll teilweise stillgelegt werden unter Entlassung von 77 Arbeitnehmern. Weiter melden die Vereinigten Stahlwerke für die unterirdischen Betriebe der Zeche Jollverein die Entlassung von 150 Arbeitern.

Das sowjetische Attentat. Der Leiter der litauischen Kriminalpolizei, Oberst Kuznetsov, schwört, obwohl er sofort nach dem auf ihn verübten Attentat operiert wurde, noch in Lebensgefahr. Zwei Anhänger von Wolodemas wurden verhaftet, weil sie angeblich von dem beabsichtigten Anschlag gewußt haben.

Zu den Meldungen über die Ostbahn, welche die „Germania“ brachte — Ausland stehe mit einer amerikanischen Finanzgruppe in Verhandlungen —, erklärt die Berliner Sozialistenschaft, daß es sich um Lügen einer jetzt in Berlin sogleich aufgetauchten fragwürdigen russischen Emigrantengruppe handle.

In Paris und in der Pariser Umgebung sind insgesamt 17 Fälle von spinaler Kinderlähmung festgestellt worden, die jedoch, wie von zuständiger Stelle erklärt wird, keine Ansteckungsgefahr befürchten lassen.

Die Handelskammer Düsseldorf zur Außenhandelspolitik

Die Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf hat eine Eingabe an den Reichsfinanzminister und die Reichsminister gerichtet, in der sie ihre Bedenken gegen eine Kündigung des deutsch-finnischen Handelsvertrages zum Ausdruck bringt.

Diese Kündigung würde — so führt die Eingabe u. a. aus — nicht nur für unsere Handelsverbindungen mit Finnland, sondern vielmehr für unsere handelspolitischen Beziehungen mit zahlreichen anderen Ländern von folgenreicher Bedeutung sein. Die günstige Entwicklung des deutschen Außenhandels und besonders der deutschen Ausfuhr sei zu einem guten Teil unserer bisher stetigen, zielbewußten Handelspolitik zu verdanken. Wohin ein Abweichen von dieser Linie führen könnte, hätten die jüngsten Vorgänge in einigen Ländern, namentlich in Holland, deutlich gezeigt. Jede, auch die geringste Erschütterung unserer Handelsvertragsbeziehungen bewirke eine Störung im deutschen Handelsverkehr, die wir bei unserer überaus ungünstigen Wirtschaftslage nicht ertragen könnten. Es bedürfe der allergrößten Anstrengungen, daß die deutsche Wirtschaft auf dem Weltmarkt sich gegen die Auslandskonkurrenz behauptet. Sie könne es nur, wenn sie hierbei durch eine einflussvolle Handelspolitik unterstützt werde.

Badischer Teil

Unwahre Vorwürfe gegen Minister Dr. Remmele

Die „Badische Zeitung“ Nr. 198 vom 21. August veröffentlicht unter dem Titel „Kilantes von links“ die Behauptung, daß Minister Dr. Remmele mit einer Kuppelangelegenheit bzw. mit einer anderen dunklen Geschichte, in der eine Frauensperson eine Rolle spielt, in Verbindung stände. An dieser Mitteilung ist kein wahres Wort. Minister Dr. Remmele hat sofort gegen die „Badische Zeitung“ Strafantrag gestellt und außerdem die gerichtliche Beschlagnahme dieser Nummer beantragt. Wegen dieses von nationalsozialistischer Seite eingeleiteten Verleumdungsfeldzuges sind außerdem bereits gegen zwei andere Personen Strafanträge eingereicht worden.

Die Wahlbewegung in Baden Zur Doppelpandidatur des Reichsfinanzministers Dietrich

In einigen Blättern wird die Meldung verbreitet, daß Reichsfinanzminister Dietrich seine Reichstagskandidatur in Baden aufzugeben beabsichtige; als Grund wird die Übernahme der Berliner Kandidatur angegeben. — Die „Badische Politische Korrespondenz“, das Organ der bisherigen Demokratischen Partei Badens, ist vom Reichsfinanzminister Dietrich ermächtigt worden, mitzuteilen, daß er niemals daran dachte, seinen Heimatwahlkreis, mit dem er sich durch seine jahrelange Arbeit in ihm mehr denn je auf das engste verbunden fühle, aufzugeben. In Berlin habe er sich nur nach wiederholtem, dringendem Wunsche der dortigen Freunde aufstellen lassen.

Neubau des Mannheimer Arbeitsamtes

Wie die „M.Z.“ hört, wurde dieser Tage über das Projekt eines neuen Arbeitsamtes in Mannheim mit den Vertretern der Reichsanstalt eine Einigung erzielt. Es hängt jetzt von der Genehmigung des Voranschlags durch das Reichsfinanzministerium ab, wann mit dem Bau begonnen werden kann. Dem Vernehmen nach, dürfte sich das Reichsfinanzministerium noch im Verlaufe dieser Woche schlüssig werden. Der ursprüngliche Plan ist hinsichtlich der Raumverteilung abgeändert worden, was eine Erparung mit sich brachte, und die Baukosten von 950 000 Reichsmark auf etwa 800 000 Reichsmark herabsetzen dürfte.

Überfliegung Kehler Gebietes durch französische Flugzeuge

Aus Kehl wird berichtet: Im Laufe des Mittwochvormittags ist ein aus 5 bis 6 Flugzeugen bestehendes französisches Flugzeugwader, vom Straßburger Flugplatz kommend, über der Stadt Kehl erschienen und etwa 4 Kilometer landeinwärts in Richtung Appenweier geflogen. Die amtlichen Erhebungen darüber, ob eine Grenzverletzung vorliegt oder nicht, sind im Gange. Schon in der letzten Zeit haben wiederholt französische Flieger die Mitte des Rheinstromes, die die Grenze bildet, überflogen. In anderen Fällen war der Nachweis des Überfliegens dieser Grenze bei dem stark gewundenen Lauf des Rheinstromes ohne Zuhilfenahme optischer Meßinstrumente so gut wie nicht zu führen. Die Annahme, daß den französischen Fliegern infolge des nahe gelegenen Flugplatzes Bollhagen bei Straßburg zum Zwecke des Anfliegens oder der Landung ein Überfliegen der Grenze bis zu einem gewissen Ausmaß zugestanden sei, scheint nicht zuzutreffen. Eine Klärung dürfte jedoch seitens der zuständigen Stellen mit Sicherheit zu erwarten sein.

Von anderer Seite wird berichtet:

Bd. Kehl a. Rh., 21. Aug. Nach Abzug der Besatzung nahm man an, daß nunmehr auch die Flugübungen des Straßburger Fliegerregiments über unserer Stadt aufhören. Das traf aber nicht zu. Anfangs fanden die Flugübungen ziemlich nahe an der Rheinstrecke statt, und man fürchte sich schließlich auch noch nicht daran, als sie etwas weiter über unsere Stadt flogen. In den letzten Tagen nahm diese Grenzüberschreitung der Straßburger Flieger derartige Formen an, daß man fast schon von Sabotage sprechen kann. Am Mittwoch konnte wieder ein Geschwader von sechs Flugzeugen mitten über unserer Stadt beobachtet werden, das hier seine Übungen abhielt und dabei weiter in Richtung Appenweier badisches Gebiet überflog. Bisher war man der Annahme, daß den Franzosen infolge der unmittelbaren Angrenzung des Straßburger Flugplatzes an die Landesgrenze eine sogenannte Freizone zugefallen war. Wie wir bestimmt erfahren konnten, trifft diese Annahme in keiner Weise zu. Es handelt sich also bei dem täglichen Überfliegen badischen Gebietes bei Kehl durch französische Militärflugzeuge um eine klare Grenzverletzung.

Aus der badischen Industrie

Teilweiser Streikabbruch bei Schenz in Vörrach Bei der Mechanischen Weberei Otto Schenz in Vörrach ist, wie wir von der Verwaltung erfahren, der Betrieb heute teilweise wieder in Gang gesetzt worden, nachdem ein Teil der Arbeitskräfte, die für die Wiederaufnahme der Arbeit notwendigen Voraussetzungen angenommen hat. Zur Zeit wird mit 40 Prozent des früheren Umfangs gearbeitet. In Aussicht genommen ist, zunächst eine Schicht vorarbeiten zu lassen. Beschlüsse über eine Wiederherstellung der zweiten Schicht sind noch nicht gefaßt worden.

Aus der Landeshauptstadt

Vater Martin 7. Vater Martin S. J., eine in katholischen Kreisen sehr bekannte und beliebte Persönlichkeit, ist im Alter von 71 Jahren nach längerem Krankenlager verschieden. Er war seinerzeit als erster der neu ins Leben gerufenen Jesuitenabteilung von seinen Oberen nach Karlsruhe geschickt worden.

Die spinale Kinderlähmung in Karlsruhe. Wie vom Bezirksamt mitgeteilt wird, beträgt die Zahl der amtlich angemeldeten Fälle von spinaler Lähmung in Karlsruhe bis jetzt 8.

Politische Schlägereien. Als nach Beendigung einer Versammlung der Nationalsozialisten in der Festhalle gestern abend kleinere Trupps der Nationalsozialisten durch die östliche Kaiserstraße zogen, wurden sie von Kommunisten angegriffen. Die Polizei beendete die entstehenden Schlägereien und zerstreute die Ansammlungen. Zwei Nationalsozialisten und ein Kommunist wurden vorübergehend festgenommen, ein Kommunist wegen unerlaubten Waffenbesitzes in das Bezirksgefängnis eingeliefert.

Wetternachrichten der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Das von Westen herangezogene Hochdruckgebiet liegt heute früh zentral über Europa. Unter seinem Einfluß herrscht seit gestern heiteres, trockenes und wärmeres Wetter. Gleichzeitig ist aber über Westfrankreich ein neuer Tiefdruckausläufer angelangt, der bei seinem Vorüberzug uns noch einmal, wahrscheinlich nur vorübergehend, Trübung und Regen bringen wird. Die Großwetterlage weist jetzt gegenüber den letzten Wochen doch typische Merkmale auf, die für eine im großen und ganzen beständige Periode besseren und wärmeren Wetters sprechen. Voraussage: Nach Gewittern zeitweise wolfig, etwas kühler, strichweise noch leichter Regen, bei südwestlichen Winden.

Gemeinderundschau

Die Finanzlage der Stadt Freiburg

Die vom Bürgerausschuß Freiburg in seiner Sitzung vom 31. Juli 1930 abgegebene Vorlage über die Gemeindeabgabensteuer ist erneut vom Stadtrat zum Beschluß erhoben worden und soll im Bürgerausschuß in nächster Zeit verhandelt werden. Aus der nunmehr erweiterten Begründung ergibt sich, daß in der Finanzlage der Stadt Freiburg eine wesentliche Verschiebung seit der Aufstellung des Etats 1930/31 eingetreten ist. Wie sich die einzelnen Haushaltszahlen verschieben werden, ist zur Zeit noch nicht ganz zu übersehen. Die Berechnungen beim Fürsorgeaufwand haben jedoch ergeben, daß in den abgelaufenen vier Monaten schon mehr als zwei Fünftel der etatsmäßig zur Verfügung stehenden Mittel verbraucht wurden. Man rechnet, daß der Fürsorgeaufwand, der mit 2,85 Mill. Reichsmark etatziert worden war, auf 3,39 Mill. Reichsmark, also um mehr als 1/5 Mill. ansteigen wird. Bei dieser Sachlage ist die Einführung der durch Notverordnung des Reichspräsidenten vorgeschriebenen Gemeindeabgabensteuer nicht zu umgehen. Im übrigen wird in der Begründung angebeutet, daß mit einem Nachtragsetat für das Rechnungsjahr 1930/31 zu rechnen sei.

Ergebnislose Bürgermeisterwahl. In Münchweier (Amt Lahr) erhielt keiner der drei aufgestellten Kandidaten die Mehrheit, so daß ein zweiter Wahlgang nötig ist.

28 000 Arbeitsuchende in Mannheim. Ende Juli waren auf dem Mannheimer Arbeitsamt 27 000 Personen eingeschrieben, die Arbeit suchten. In zwei Wochen hat sich ihre Zahl um über 1000 vermehrt. 28 284 Personen waren um die Mitte des Monats August stellenlos und 14 504 bezogen Unterstützung. Diese Zunahme ist hauptsächlich auf die schlechte Lage der Mannheimer Metallindustrie zurückzuführen, die in den letzten Wochen weitere Entlassungen vornahm.

Eingemeindung von Friedrichsfeld nach Mannheim? Die Eingemeindungsausschüsse der Städte Mannheim und Friedrichsfeld hielten am Mittwoch in Friedrichsfeld eine gemeinsame Sitzung ab. Vor der Sitzung fand eine Begehung der Gemarkungsgrenzen statt, an der auch Vertreter der badischen Regierung und der Gemeinde Ebingen teilnahmen.

Neubautätigkeit in Weinheim. Die Gemeinnützige Bau-genossenschaft und verschiedene Private werden in nächster Zeit mit Hilfe der Stadt etwa 60 bis 70 Wohnungen erstellen, um dem vorherrschenden Wohnungsmangel einigermaßen zu steuern, gleichzeitig aber auch eine Belebung des Arbeitsmarktes herbeizuführen.

Noch keine Erledigung des Gaggenauer Vorschlags. Nachdem kürzlich der Bürgerausschuß Gaggenau bei der Beratung des Vorschlags für 1930/31 zu keinem Ergebnis gekommen war (der Vorschlag verfiel bei Stimmengleichheit befeindlich der Ablehnung), sollte am Dienstag erneut eine Bürgerausschusssitzung stattfinden. Auch diese hatte kein positives Ergebnis, da das Haus nicht beschlußfähig war.

Die Baden-Badener Bürgerausschusssitzung stand am Mittwoch im Zeichen einer lebhaften Finanzdebatte. Die Aufwendungen für die Arbeitslosenunterstützung und Armenfürsorge sind in einem Maße gestiegen, daß sie eine ernste Bedrohung des kaum erst zum Ausgleich gebrachten Budgets darstellen. Mit den durch die Notverordnung des Reichspräsidenten den

Gemeinden in die Hand gegebenen neuen Steuermöglichkeiten hofft man einigermaßen die Mittel zur Finanzierung des Arbeitslosenproblems zu erhalten. Die Erhöhung der Biersteuer wurde mit Zweidrittelmehrheit (51 gegen 22 Stimmen) u. a. gegen die Sozialdemokraten angenommen. Die übrigen Gemeindeabgaben, Bürgerabgabe und Schenkverzehrssteuer, will man sofort einführen, sobald die Ausführungsbestimmungen erschienen sind. Bezeichnend ist übrigens, daß bei dieser immerhin wichtigen Sitzung nicht weniger als 42 Stadtverordnete nicht anwesend waren. Weiter wurde der Vertrag über die Eingemeindung eines Teils der abgeordneten Gemarung Hburg einstimmig genehmigt.

Kurze Nachrichten aus Baden

Hld. Lauda, 20. Aug. Bei der Renovierung der Gastwirtschaft Bauer wurde auch der bisherige Putz entfernt und das alte, wundervolle Fachwerk freigelegt. Die alten Fachwerkhäuser sind jetzt eine schöne Fierde für den Rathausplatz.

Hld. Heidelberg, 20. Aug. In Form einer Gedenkfeier, zu der der Erzbischof von Freiburg, Dr. Carl Frit, der Erzabt von Beuron, Erzabt Raphael, und der Abt von Weingarten, Abt Michael, erwartet werden, begehrt die Abtei Neuburg am kommenden Sonntag die Feier des 800jährigen Bestehens. Am Vorabend bewegt sich ein Festzug von Pielhausen nach der beleuchteten Abtei, wo dem Erzbischof eine Sereenade dargebracht wird.

D3. Schwetzingen, 20. Aug. In Rohrhof wurde ein Chinese verhaftet, weil er einen Notzuchtversuch unternahm.

D3. Söllingen (Amt Karlsruhe), 21. Aug. Hier ist man einem Falschmünzerverpaar auf die Spur gekommen, welches seit einiger Zeit eine Werkstatt zur Herstellung falscher Zwei- und Fünfmärkstücke betrieb. Es handelt sich laut „Karlsru. Tagbl.“ um den 23jährigen Mechaniker Oskar Lamprecht und seine Ehefrau. Beide waren erst im Frühjahr nach Söllingen gezogen. U. a. wurde eine Stange Rohzinn und eine Schmelzkanne beschlagnahmt. Die Festnahme des Falschmünzerverpaars erfolgte in Gröbningen, wo beide verhaftet hatten, das Falschgeld bei ihren Einkäufen in Zahlung zu geben.

W. Dinglingen, 21. Aug. In der vergangenen Nacht ist der Hauptaktionär der Sonne-Werke AG. in Dinglingen bei Lahr, die dieser Tage Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens gestellt hatten, Hermann Sonnet, wiederum verhaftet und ins Amtsgefängnis Lahr eingeliefert worden. Die Verhaftung erfolgte unter dem Verdacht des Konkursvergehens und der Untreue.

D3. Mainau (Bodensee), 20. Aug. Gerüchte über einen angeblichen Verkauf von Schloß und Insel Mainau in ausländische Hände sind unzutreffend. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß von einer derartigen Absicht keine Rede sein könne. Die Insel Mainau war bekanntlich Privatbesitz der verstorbenen Königin von Schweden, die als badische Prinzessin dort ihre Jugend verlebte und als schwedische Königin oft und gern auf der Insel Mainau weilte.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	21. August		20. August	
	Wert	Preis	Wert	Preis
Amsterdam 100 G.	168.78	168.82	168.78	168.82
Kopenhagen 100 Kr.	112.16	112.38	112.15	112.37
Italien . . . 100 L.	21.91	21.95	21.90	21.94
London . . . 1 Pf.	20.37	20.41	20.368	20.408
New York . . 1 D.	4.1825	4.1405	4.1825	4.1805
Paris . . . 100 Fr.	16.445	16.885	16.445	16.485
Schweiz . . . 100 Fr.	81.34	81.50	81.34	81.50
Wien 100 Schilling	59.115	59.235	59.12	59.24
Prag . . . 100 Kr.	12.411	12.431	12.413	12.438

Der Privatdiskont wurde für kurze Sicht um 1/8 Proz. auf 8 1/8 Proz. erniedrigt, für lange Sicht unverändert auf 9 1/2 Proz. belassen.

Gebrüder Jungmans AG. in Schramberg. Gerüchte, daß die Gebrüder Jungmans, Maschinenfabrik-AG. in Schramberg, in absehbarer Zeit eine Kapitalzusammenlegung vornehmen werde, wird von der Verwaltung erneut mitgeteilt, daß bei den inneren Verhältnissen der Gesellschaft an eine Zusammenlegung des Aktienkapitals nicht zu denken sei. Das Unternehmen sei so gesund, daß es den 20prozentigen Abschlußgewinn in dem am 30. Juni 1930 beendeten Geschäftsjahr ohne Erschütterungen verschmerzen könne. Wahrscheinlich werde das einzige Ergebnis dieser Lage sein, daß das Unternehmen für 1929/30 wieder dividendenlos bleibe. Ob die Bilanz einen Verlust aufweisen werde, lasse sich zur Zeit noch nicht ganz übersehen. Wahrscheinlicher sei jedoch, daß ein etwaiger Betriebesverlust durch innere Reserven gedeckt und nicht in der Bilanz zum Ausdruck kommen werde. Aber auch nach Abdeckung eines etwaigen Betriebesverlustes seien die inneren Reserven noch ausreichend genug, um die augenblickliche Wirtschaftslage zu überwinden.

Das Frankfurter Haus der J.-G.-Farben. Das neue Verwaltungsgebäude der J.-G.-Farbenindustrie in Frankfurt a. M. ist zum 1. Oktober dieses Jahres bezugsfertig. In diesem Verwaltungsgebäude werden künftig 2500 Personen beschäftigt werden. Man rüstet bereits zum Abbruch der städtischen Heilanstalten, an deren Stelle weitere Gebäude des Farbenkonzerns im nächsten Jahre errichtet werden sollen.

Keine Arbeiterentlassungen bei Opel. Wie aus Rüsselsheim mitgeteilt wird, hat sich bei der Adam Opel AG. der Absatz so günstig entwickelt, daß das vorgezeichnete Fabrikationsprogramm erweitert werden mußte. Die Werke beschäftigen zur Zeit 6169 Arbeiter und Angestellte. Die Gerüchte über bevorstehende Entlassungen von 1000 oder gar 2000 Arbeitern, die offenbar auf vorzügliche Verhandlungen der Direktion mit dem Betriebsrat zurückgehen, treffen angesichts der günstigen Entwicklung nicht zu.

Forces Motrices du Haut-Rhin, Mülhausen. Diese elsässische Elektrogesellschaft weist für 1929/30 27,5 (i. V. 25,8) Mill. Fr. Bruttogewinn aus. Nach Abzug der Unkosten, Zinsen und Tilgung verbleiben 14,9 (12,6) Mill. Fr. Reingewinn, woraus wieder 9 Prozent Dividende auf das erhöhte Aktienkapital von 130,62 (107,50) Mill. Fr. beantragt wird.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Errichtung einer neuen Apotheke in Mannheim (Neckarstadt).

Dem Apotheker Karl Mayer in Ladenburg wurde die Berechtigung zum Betriebe einer in Mannheim (Neckarstadt) neu zu errichtenden Apotheke erteilt.

Karlsruhe, den 16. August 1930.

Der Minister des Innern:
J. B. Weigel.

Personeller Teil

Ernennungen, Veretzungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Verwaltungspraktikant Eugen Winter bei der Landesversicherungsanstalt Baden zum Verwaltungsoberssekretär.

Zur Ruhe gesetzt bis zur Wiederherstellung der Gesundheit: Pfleger Hermann Klumpp bei der Heil- und Pflegeanstalt bei Konstanz.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen:

Gendarmereioberwachmeister Christian Schundelmeier in Rappanau.

Finanzministerium:

Domänenabteilung

Planmäßig angestellt:

Finanzpraktikant Erwin Kunz beim Domänenamt Offenburg unter Ernennung zum Finanzoberssekretär.

Badischer Landtag.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen wegen leidender Gesundheit: Verwaltungsoberinspektor Albert Ankener.

Literarische Neuerscheinungen

Vengt Berg: Die Mutterlosen. Eine Erzählung aus Lapland. (Verlag von Dietrich Reimer, Berlin.) Vengt Berg hat sein seit vielen Jahren begriffenes, aber vom Publikum dauernd verlangtes Buch „Der Seefall“, den Wünlchen zahlreiche Freunde folgend, in neuer, von ihm selbst vorgenommener Bearbeitung unter dem Titel „Die Mutterlosen, Eine Erzählung aus Lapland“, herausgebracht. Mit einer bewundernswerten Klarheit der Sprache und großer psychologischer Feinheit hat Vengt Berg hier das Leben des Menschen wie des Tieres dargestellt, und er versteht es uns begrifflich zu machen, wie in der Seele des mutterlosen und immer heimlich nach Liebe verlangenden Anaben ein tiefes Mitleid mit dem Tier emporenwächst, so daß sein Zusammenreffen mit dem Bären — das einzige Mal, wo sich diese Lebenslinien von Mensch und Tier schneiden — zu einer Begegnung wie zwischen Brüdern wird.

Jack London: Die Goldsucher. Zwei exotische Erzählungen. Einzige berechtigte Übersetzung von Erwin Magnus. Reclams Universal-Bibliothek Nr. 7070. Gebunden 40 Pf., gebunden 80 Pf. — Jack London, der „letzte große Abenteuerer“, ist nun auch mit zwei seiner besten Novellen in der Universal-Bibliothek vertreten. Sie zeigen den ganzen Reichtum und die Spannweite seiner quellenden Natur, die den ganzen Erdball gefahrerfüllt umfaßt und so wunderbar Kraft und Zartheit, Urwüchsigkeit und Sensibilität vereint.

Massenkundgebung

Eintritt 20 Rpf.

Samstag, 23. August, in der Festhalle, abends 8 Uhr

des Karlsruher Zentrums
Reichsarbeitsminister
Stegerwald spricht

R. 540

Öffentliche Aufforderung

zur Abgabe einer Erklärung über die Aufsichtsratsantennen.

Auf Grund des § 8 Absatz 2 der Verordnung vom 26. Juli 1930 (Reichsgesetzblatt I S. 311) sind Mitglieder des Aufsichtsrats (Verwaltungsrats) von Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Genossenschaften und von sonstigen Kapitalgesellschaften und Personenvereini-

gungen des privaten und öffentlichen Rechts verpflichtet, die Aufsichtsratsantennen, die sie im Kalenderjahr 1929 oder in einem Wirtschaftsjahr 1928/29 erhalten haben, dem Finanzamt anzumelden; anzugeben sind alle Vergütungen (Antennen) oder unter sonstiger Benennung gewährte Bezüge, geldwerte Vorteile und Entschädigungen, und zwar die Bruttobezüge; Werbungskosten oder andere Ausgaben dürfen also nicht abgezogen werden.

Die Anmeldungen sind in der Zeit vom 25. August bis 5. September 1930 bei dem für die Veranlagung

der Einkommensteuer zuständigen Finanzamt ohne besonderes Formular abzugeben.

Wer die Frist zur Abgabe der Erklärung verjäumt, kann mit Geldstrafe zur Abgabe der Erklärung angehalten werden; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. der Reichshilfe auferlegt werden.

Karlsruhe, den 19. August 1930. D. 807

Der Präsident des Landesfinanzamts.

Anzeigen in der
Karlsruher Zeitung
(Bad. Staatsanzeiger)
haben großen
Erfolg!